

**Bericht des Vorsitzenden des Diözesanrates der Katholiken
der Erzdiözese München und Freising
bei der Herbstvollversammlung am 15.10.2011 in Freising
(Prof. Dr. Hans Tremmel)**



Passage zur 3. Start- und Landebahn am Flughafen München

[...]

Der Diözesanrat der Katholiken hat sich bereits im Jahr 2007 eindeutig gegen den Bau der geplanten dritten Startbahn für den Münchner Flughafen. ausgesprochen: „Nein zur 3. Start- und Landebahn am Flughafen München“ – so der Titel einer einstimmig beschlossenen Stellungnahme. Auch wenn ich zum Zeitpunkt dieses Beschlusses noch nicht Vorsitzender des Diözesanrates und auch wenn die Zusammensetzung des Vorstandes noch eine andere war, so darf ich Ihnen dennoch versichern, ich und wir tragen diesen Beschluss von damals selbstverständlich heute noch mit. Auch in dieser Frage stehen wir Seite an Seite mit unserer Bistumsleitung. Kardinal Marx hat wiederholt deutlich gemacht, dass kein Kirchengrund zu diesem Zweck verkauft werden soll. Die betroffenen Kirchenstiftungen müssten somit tatsächlich enteignet werden. Dies wäre schon aus dem Grund ein aufsehenerregendes Politikum, weil – so weit ich dies überblicke – seit der Säkularisation der Staat gegenüber der Kirche nicht mehr zu dem Mittel der Enteignung gegriffen hat.

Ich erinnere an unseren Beschluss aus dem Jahr 2007 auch deswegen, weil darin ein Argument im Vordergrund steht, das in der aktuellen Diskussion um den Bau der 3. Startbahn meist etwas zu kurz kommt, nämlich der Klimawandel. Damit betrifft das Thema nicht nur die Region rund um Freising, sondern alle Christinnen und Christen in unserer Erzdiözese und natürlich auch darüber hinaus. Wir können als Kirche nicht in Reden und Absichtserklärungen den Klimaschutz hervorheben, und dann, wenn es ernst wird, allein nach ökonomischen Gesichtspunkten entscheiden. Wirtschaftlicher Profit ist kein Selbstzweck. Ganz abgesehen davon, dass die ökonomischen Begründungen für die dritte Startbahn häufig mehr auf Prognosen beruhen, denn auf wirklich belastbaren Fakten. Es ist einfach nicht mehr zu bestreiten, dass der Klimaschutz eine unaufschiebbare Aufgabe der Gegenwart ist. Die Zeit drängt. Schreckliche Dürrekatastrophen in einem Teil und verheerende Stürme und Überschwemmungen in anderen Teilen der Erde haben auch etwas mit uns zu tun. Für den Klimaschutz ist es notwendig, dass wir unseren Lebensstil, unsere Mobilitätsmuster und unsere Konsumgewohnheiten hinterfragen und ändern. Wir können nicht so tun, als ob ein ständig wachsender Luftverkehr keine Auswirkungen auf das Weltklima hätte. Seit zwei Wochen findet der sog. „5. Münchner Klimaherbst“ statt. Vielleicht hat sich dort ja der eine oder andere Entscheidungsträger beraten lassen.

In unserer ablehnenden Haltung zur dritten Startbahn stehen wir über die Klimaproblematik hinaus solidarisch zu den Menschen in Freising und den angrenzenden Landkreisen. Der Oberbürgermeister von Freising, unser Mitglied in der Vollversammlung, Dieter Thalhammer, hat in einem Interview zu Recht angemahnt, auf die tatsächliche Situation der betroffenen Kommunen und der dort lebenden Menschen zu blicken. In der Tat, für die Einwohner von Freising und Attaching und für die Menschen im Eittinger- und Schwaiger-

moos ist dieser Raum schlichtweg ihre Heimat. Deswegen kämpfen sie so leidenschaftlich gegen den Ausbau des Flughafens. Das Recht auf Heimat ist ein ethisches wenig reflektiertes Argument. Für die betroffenen Bewohner ist es aber das entscheidende Argument. Es geht um gewachsene Strukturen, um gelebte Beziehungen, um Identität und nicht zuletzt um liebgewonnene Lebensqualität. Deshalb ist es auch so wichtig, dass die Bürger der betroffenen Kommunen und Landkreise wirklich ernst genommen werden und dass sie ihre Anliegen in den Entscheidungsprozess weiterhin einbringen können. Ein faires Verfahren muss gewährleistet sein.

Andererseits dürfen auch die Gegenargumente und die Hoffnungen, die manche Menschen mit der Flughafenerweiterung verbinden, nicht marginalisiert werden. Stichworte: Arbeitsplätze, Verkauf lukrativer Grundstücke oder notwendige Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen. Auch wirtschaftliche Interessen, von wem auch immer, sind legitim, aber es sind eben nur Interessen und keine Glaubensüberzeugungen. Gerade hier haben wir als Kirche die Pflicht, dafür Sorge zu tragen, dass die betroffenen Menschen sich nicht im Streit entzweien, dass sich nicht am Ende Flughafengewinnler und Flughafenverlierer unversöhnlich gegenüber stehen. Dies ist auch eine ernste pastorale Aufgabe.

[...]